

Elektronischer Rundbrief Nr. 67/2018, 14. Februar 2018
Herausgeberin BAG Prekäre Lebenslagen

(V.i.S.d.P. Hinrich Garms)

Der Rundbrief kann abonniert werden:

https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/bag-plesa_rundbrief_extra

Einladung zur Fachtagung

vom 16. bis 18. März 2018 in Hannover: "Gesundheit, Prekarität und Widerstand"

Liebe Freund*innen und liebe Mitgliedsgruppen der BAG PLESA, wie jeden Frühling treffen wir uns auch dieses Mal wieder im **Naturfreundehaus Hannover** zum **Seminar am 16.3.-18.3.2018**.

Wir bitten um Eure **Anmeldungen bis zum 28. Februar**. Das ist für uns wichtig, um die genaue Zimmerzahl rechtzeitig buchen zu können. Das Essen bei den Naturfreunden ist vegetarisch und auch vegan möglich.

Fahrtkosten können gegen Beleg anteilig von uns übernommen werden. (Bitte rechtzeitig buchen, damit es preislich im Rahmen bleibt !)

Adresse des Naturfreundehauses Hannover:

Hermann-Bahlsen-Allee 8, Hannover-Buchholz/Kleefeld.

Wir empfehlen eine Anreise per Tram: Tram 3, 7, 9 Richtung Altwarmbüchen, Misburg oder Küchengarten - ab Hauptbahnhof bis Spannhagengarten> [http://](http://www.naturfreundehaushannover.de/unser_haus_anreise/mit_bahn_und_stadtbahn)

www.naturfreundehaushannover.de/unser_haus_anreise/mit_bahn_und_stadtbahn.

Zum Thema: Gesundheit, Prekarität und Widerstand

'Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit' – das sagt nicht die Linkspartei, die SPD oder die Ärztekammer, sondern die Gesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (UN), die WHO, oder:

'Gesundheit ist dasjenige Maß an Krankheit, das es mir noch erlaubt, meinen wesentlichen Beschäftigungen nachzugehen.' (F. Nietzsche).

Reale ökonomische und staatliche Widersprüche werden als Probleme defizitärer Individuen internalisiert. Dem Sich-Einrichten in schlechten Verhältnissen wird selten die Alternative des solidarischen Zusammenschlusses gegenübergestellt – zumindest nicht am Beginn. Die Steigerung des Lebensgefühls, des Seelenlebens hin zu Traurigkeit,

Melancholie und Verzweiflung, das Gefühl, am Rande der persönlichen Katastrophe zu balancieren, vermindert die Bewältigung der konkreten und existentiellen Unterwerfungsanforderungen, mit denen Arbeitsverwaltung, Kapital und Gesellschaft Erwerbslose belasten. Antriebslosigkeit und Selbsthass können ein Sich-solidarisch-in-Beziehung-setzen behindern.

Politik ist die Schaffung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Martin Schulz, ehemals SPD-Vorsitzender):

Bestrebungen, Gesundheit zu einer Ware herabzuwürdigen, gehen bis Mitte der 90er Jahre zurück. Den größten Beitrag zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens leistete allerdings die Politik der rot-grünen Bundesregierung. Sie ist unter anderem für die Politik nach den CDU/CSU-Regierungen, die Einführung der Praxisgebühr und die einseitige Erhöhung des Arbeitnehmer*innenanteils um 0,9 Prozentpunkte bei der Finanzierung der Gesundheitsversicherung verantwortlich. Damit wurde das Prinzip der paritätischen Finanzierung im Gesundheitswesen aufgegeben.

Unachtsamkeit gegenüber dem eigenen Körper, der Gesundheit, entfaltet oft destruktive Wirkungen. Unabhängig von ungesundem Lebensstil können sich Ängste entwickeln. Angst in Discountern und U-Bahnen, Angst vor den alltäglichen Gesprächen mit Nachbar*innen, Freund*innen, den Familienangehörigen. Angst, die Post zu öffnen, Angst vor dem nächsten Tag, In einer solchen Phase reißt oft der Kontakt zu Selbsthilfe- oder Selbstermächtigungsgruppen ab.

Die Zwei-Klassen-Medizin in der Behandlung, die Privatisierung von Krankenhäusern bis hin zur Ärzteausbildung, das System privater Ärzt*innen statt einer poliklinischen Versorgung tun ihren Teil dazu, um Kranke von gesundheitlicher Versorgung fernzuhalten und im Gesundheitssystem Beschäftigte unbefriedigt ihre Arbeit machen zu lassen. Sprechen müssen wir auch über die Ausgrenzung aus den Versicherungssystemen für Kranke und Verletzte - bei illegaler und ungesicherter Arbeit genauso wie bei ungesichertem Aufenthaltsstatus oder als Flüchtling. Als Lösungsmöglichkeit wird auf der politischen Ebene allenthalben eine solidarische Bürgerversicherung diskutiert – welche Probleme kann sie im Zeitalter der „Schwarzen Null“ wirklich lösen ?

Haben Erwerbslose neben den Traumata durch Arbeitsplatzverlust bzw. Kündigung oder Wohnungsverlust noch mit anderen Traumata, z.B. durch Flucht aus Kriegsgebieten oder Gewalterfahrungen in der Familie zu kämpfen, ist in der Zeit der Erwerbslosigkeit eine Behandlung oft nicht möglich, weil ihre psychischen Probleme oft weder von ihnen selbst noch der Umwelt ernst genommen werden.

Der Fahrplan unseres Treffens:

Der **Freitag 16.3.**, beginnt um **16 Uhr** mit der Vorstellungsrunde zum Kennenlernen.

Um 17 Uhr startet der rechtliche Überblick aus der und für unsere Erwerbslosen-Beratungspraxis zum Komplex „Krankenversicherung und Hartz IV“. Der Einstiegsvortrag wird gehalten von Ulrike Gieselmann (Widerspruch e.V., Bielefeld).

Der **Samstag, 17. März**, wird um **9 Uhr** weitergeführt mit einem Referat von Nadja Rakowitz (VDÄÄ, Maintal), die zum Gesundheitssystem und zu den Benachteiligungen von einkommensarmen Leuten in diesem System referieren wird. Unser aller Erfahrungswissen ist hier gefragt.

Am **Sonntag, 18. März** ab **9 Uhr** bis Mittags wird Anne Alex (Sozialpolitische Wegweiserin, Berlin) einen Überblick geben zu: 'Das amtsärztliche Gutachten: How to – was ist zu beachten' geben. Daran wird sich eine Diskussion anschließen.

(Diese Fachtagung wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hierfür gilt unser herzlicher Dank !)

Danach findet am **Sonntag, 18. März** ab 13.30 Uhr die **Mitgliederversammlung der BAG PLESA** statt.

Aus aktuellem Anlass nochmal unser Beschluss der letzten Tagung:

Steigende Armut Steigende Armut und Obdachlosigkeit ? Stopp dem Sozialabbau ! Weg mit den Ausnahmen in § 7 SGB II ! Auch für EU-Bürger*innen gilt das Grundgesetz !

In Deutschland leben ca. 52.000 Menschen auf der Straße, etwa die Hälfte von ihnen sind EU-Migrant*innen, so schätzt die BAGW zum Winteranfang 2017. Für uns als Erwerbsloseninitiativen sind das nicht nur steigende Zahlen, sondern immer mehr Menschen kommen zu unseren selbstorganisierten Anlaufstellen, weil sie von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Viele von ihnen sind Unionsbürger*innen, die in bitterer Armut leben müssen, weil die Bundesregierung sie immer weiter von sozialen Rechten ausschließt. Angefangen mit dem Ausschluss von Hartz IV (2006) über die Verschärfung des Freizügigkeitsgesetzes (2014) bis zum Unionsbürger*innenausschlussgesetz (2016): Seit über 10 Jahren wird das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für EU-Bürger*innen mit den Füßen getreten.

Schon im Jahr 2006 hat die Bundesregierung Ausländer*innen, die zum Zwecke der Arbeitssuche aufenthaltsberechtigt sind, den Anspruch auf Hartz IV versagt.

Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gilt für alle Menschen. Auch wir fordern, das neue Ausschlussgesetz von 2016 zu kippen. Doch das ist nicht genug. Wir lassen uns weder in In- und Ausländer*innen, noch in Nützliche und Überflüssige aufspalten. Wir fordern nicht nur die Abschaffung des Unionsbürger*innenausschlussgesetzes, sondern: Weg mit den Ausnahmen im § 7 SGB II Für gleiche soziale Rechte und ein gutes, selbstbestimmtes Leben für alle!

Eure BAG Prekäre Lebenslagen - www.bag-plesa.de

kontakt@bag-plesa.de

Die BAG Prekäre Lebenslagen ist mit Bescheid des Finanzamtes Frankfurt/Main vom Oktober 2017 seit 2016 als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge an die BAG Plesa sind seitdem steuerabzugsfähig.